

## Rüdiger Hachtmann

Joseph Maria von Radowitz: Ein in preußischem Boden  
verwurzelter deutscher Staatsmann

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.866>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Joseph Maria von Radowitz: Ein in preußischem Boden  
verwurzelter deutscher Staatsmann,  
in: Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49,  
herausgegeben von Sabine Freitag, C.H. Beck München, 1998, S. 277-289

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor  
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur  
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.  
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1998), Joseph Maria von Radowitz: Ein in preußischem Boden verwurzelter deutscher Staatsmann, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.866>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Joseph Maria von Radowitz: Ein in preußischem Boden verwurzelter deutscher Staatsmann, in: Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, herausgegeben von Sabine Freitag, C.H. Beck München, 1998, S. 277-289

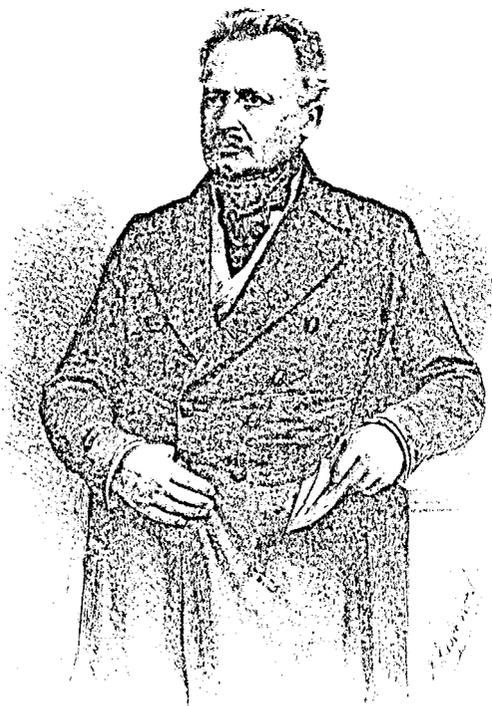
## Joseph Maria von Radowitz: Ein in preußischem Boden verwurzelter deutscher Staatsmann

*Von Rüdiger Hachtmann*

„In der großen Bewegung, die im Jahre 1789 von Frankreich ausging, tritt als Haupterscheinung hervor, daß die konsequentere Partei jederzeit die minder konsequente überwältigte [...] Nach den Analogien der Vergangenheit mußte jeder geneigt sein, [...] eine Wiederholung des früher Erlebten zu erwarten; stattdessen ist das Entgegengesetzte geschehen. Überall hat die inkonsequente Revolution die konsequente besiegt – und, mindestens für den Moment, einen Zustand fixiert, den man nach den Erfahrungen früherer Zeiten und den hieraus abgeleiteten Vernunftschlüssen für unmöglich erklärt haben würde.“<sup>1</sup>

Diese Sätze wurden nicht im Sommer 1848 oder Ende 1849 niedergeschrieben, obwohl sie vorzüglich auf die Revolution von 1848/49 gepaßt hätten, sondern knapp zwei Jahrzehnte früher – 1830. Ihr Verfasser war Joseph Maria von Radowitz. Wer war dieser Radowitz, der eine Grundtendenz der Pariser Julirevolution so prägnant reflektierte und zugleich mit Blick auf die deutsche und europäische Revolution 18 Jahre später ungewollt prophetische Worte zu Papier brachte? Woher kam dieser preußische Politiker, der 1849/50 den „deutschen Angelegenheiten“ eine neue Wendung zu geben versuchte?

Geboren wurde Radowitz am 6. Februar 1797 in Blankenburg am Harz, als Nachkomme ungarischer Adliger. Zunächst von der Mutter im lutherischen Glauben erzogen, trat Joseph Maria von Radowitz 1810 wohl unter dem starken Einfluß des Vaters zum Katholizismus über. Nach einer Ausbildung als Offizier an den französischen Militäranstalten in Charleroi und Paris sowie der Artillerieschule in Kassel nahm er an den Befreiungskriegen teil, zunächst auf napoleonischer Seite (u. a. Leipzig 1813), dann auf seiten der Gegner des französischen Imperators. 1815 blieb er zunächst in Kassel, als Lehrer an der Militärakademie. Dort zum Anhänger des konservativen



Dr. phil. h. c. h. Haller

Abgesehen v. der Fälschung des Radowitzer Arztes Dr. phil. h. c. h. Haller

Joseph Maria von Radowitz (1797–1853)

Schweizer Staatsrechtlers Karl Ludwig von Haller geworden, dessen 1816 erschienene Publikation ‚Restauration der Staatswissenschaft‘ Radowitz gleichsam verschlang, verließ Radowitz 1823 Hessen und ging nach Berlin. In der preußischen Armee machte er schnell Karriere und stieg 1830 schließlich zum Chef des Generalstabes der Artillerie auf.

Im Juni 1824 lernte Radowitz in Potsdam den Kronprinzen kennen. Seitdem verband Friedrich Wilhelm IV. und Radowitz eine enge Freundschaft. Zwei intellektuell und seelisch verwandte Geister hat-

ten sich gefunden. Gemeinsam waren beiden eine fast universelle, preußen-untypische Bildung sowie höchst vielfältige, auch musische und künstlerische Interessen. „Alles, was im Könige aus dem engeren preußischen Milieu hinausstrebte, fand bei Radowitz Resonanz und Hülfe.“<sup>2</sup> Zugleich verstand es Radowitz, sich in die komplexe Gedanken- und Gefühlswelt des Königs hineinzusetzen. Radowitz sei der „geschickte Garderobier der mittelalterlichen Phantasie des Königs“ gewesen, hat Bismarck später spitz bemerkt, dabei freilich übersehen, daß die Freundschaft zwischen beiden tief, ehrlich und auf seiten von Radowitz keineswegs inszeniert und bloß kalkuliert war. Kraftquellen für Radowitz waren ein tiefer Katholizismus sowie seine Ehe mit der Gräfin Marie Voss. „Ganz liebe ich eigentlich“, schrieb er seiner Gattin im November 1832, „nur Gott und Dich, mein Jenseits und mein Diesseits.“ Auch war sie seine engste Vertraute. Ohne diese, wie Friedrich Meinecke sie charakterisierte, „starke und stolze Frau“ hätte er 1847 bis 1850 nicht den langen Atem gehabt, den er benötigte, um seine hochfliegenden politischen Pläne wenigstens in Ansätzen zeitweilig Wirklichkeit werden zu lassen.

Nach der Julirevolution, 1831, wurde Radowitz Mitbegründer des *Berlinischen politischen Wochenblatts*, mit dem er gegen Liberalismus, Demokratie und das Prinzip ‚Revolution‘ zu wirken suchte. 1836 wurde er von politischen Gegnern nach Frankfurt weggelobt und nahm dort die Stellung eines preußischen Militärgesandten beim Deutschen Bund ein. 1842 wurde er preußischer Gesandter in Karlsruhe, Darmstadt und Nassau. Bis zum Vorabend der Revolution hatte Radowitz eine zwar steile, insgesamt aber eher durchschnittliche Karriere im höheren diplomatischen Dienst Preußens gemacht. Herausragende politische Bedeutung erlangte Radowitz erst um die Jahreswende 1847/48 und vor allem in den beiden Jahren, die der Revolution folgten – als Spiritus rector der sogenannten Unionspolitik, des Versuchs einer staatlichen Einigung Deutschlands unter preußischer Hegemonie, nachdem der Einigungsversuch von unten durch die Paulskirche gescheitert war.

Radowitz war indessen nicht nur der geistige Urheber des ersten Versuchs einer Reichseinigung von oben, der im Unterschied zu dem zwei Jahrzehnte später scheitern sollte. Er war zugleich ein Vertreter der innerpreußischen und innerdeutschen Gegenrevolution, einer Variante von Contrerevolution freilich, die begrenzte Konzessionen an bürgerlich-liberale Strömungen nicht ausschloß. Im Gegensatz zu

manchem Mitglied der preußischen Kamarilla, der Radowitz nicht (unmittelbar) zugehörte, besaß Radowitz ein feines Gespür für Strukturen und Verlauf von Revolutionen sowie für die internen Differenzen und Spaltungslinien der Reform- und Revolutionsbewegung, das ihn zu einer flexiblen Politik befähigte und ihm selbst den Ruf eines Reformkonservativen eintragen sollte. Bereits in seinem eingangs zitierten ‚Juste Milieu‘ von 1830, den Reflexionen über die Julirevolution, beobachtete er, daß es „der politische Teil der Revolution [ist], an dem die Mittelstände allein interessiert sind, der soziale würde sich ganz gegen sie kehren“. Dadurch sei in das revolutionäre „Lager eine Spaltung gekommen, und während bei den Kämpfen gegen die Rechte der alten politischen Ordnung gemeinschaftliche Bestrebungen möglich sind, so trennen sich augenblicklich die Parteien, sobald soziale Fragen angeregt werden. Die Koryphäen der Prinzipien-Revolution finden daher jetzt nicht allein kein Gehör beim Mittelstande, sondern offenbaren Widerstand.“ Bürgertum und Mittelschichten bildeten „einen Damm gegen die weitere Entwicklung“ zur sozialen Revolution.<sup>3</sup> Auch dies sollte sich 1848 wiederholen – und den alten Gewalten in Preußen, nicht zuletzt Radowitz, Mut machen, der Revolution die Spitze zu brechen.

Der erste Schreck am preußischen Hofe über die Pariser Februarrevolution währte nur kurz. Recht bald wurden hektische Aktivitäten mit dem Ziel entwickelt, die Revolution einzudämmen. Radowitz war hierbei eine Schlüsselrolle zugehört. Am 28. Februar wurde er nach Wien geschickt, mit dem Auftrag, erstens das Vorgehen gegen die revolutionäre Bewegung in Deutschland zu koordinieren, zweitens gemeinsame, vorgeblich defensive Maßregeln für den Fall eines angeblich drohenden französischen Angriffes abzusprechen und drittens über die „organische Entwicklung und Belebung des Bundes“ zu verhandeln.<sup>4</sup> Entsprechende Überlegungen standen zwar schon länger im Raum. Aber inzwischen hatten sich die politischen Vorzeichen fundamental gewandelt. Radowitz und mit ihm die preußische Krone wollten „einen Damm gegen die verheerenden Fluten aufrichten, die sich über den Weltteil ergießen“. Er schloß zu diesem Zweck auch einen militärischen Zusammenstoß mit Frankreich, dem vermeintlichen „Heerd“ revolutionärer Ideen und Bewegungen, nicht aus. Daß ein „die innere Krankheit des öffentlichen Lebens, die unerträgliche Spannung zwischen Regierenden und Regierten, Staat und Gesellschaft“, ein „alle Dünste wegfegender“, dem Befreiungskrieg 1813 bis 1815 vergleichbarer, nationale Emotionen freisetzender Krieg

„aus der jetzigen Krise notwendig hervorgehen“ müsse, schien Radowitz ausgemacht. Er „wünschte ihn geradezu als das große Reinigungsfeuer“ herbei.<sup>5</sup> Der fast verzweifelte Versuch Radowitz', als preußischer Sondergesandter in Wien die europäischen Großmächte gegen das revolutionäre Frankreich zusammenzuschweißen, war freilich zum Scheitern verurteilt. Er traf in Wien auf ein Kabinett, das (wie er nach Berlin schrieb) „tiefgedrückt und ratlos“ war und „in falscher Resignation das Weitere untätig“ abwartete.<sup>6</sup>

Obwohl Radowitz von den Wiener Ereignissen am 13. und 14. März angesichts seines realistischen Urteils der Handlungsunfähigkeit der politischen Zentrale der k. u. k.-Monarchie eigentlich nicht überrascht sein konnte, war er dann doch wie vor den Kopf geschlagen. Der „festeste Boden“, der „sicherste Damm gegen die Strömung der Revolution ist gebrochen“. Es könne „hinfüro auch für Preußen nicht mehr die Rede davon sein, diese rasende Flut zurückzuhalten, sondern nur, ob sie noch [...] in Nebenkanäle abgeleitet werden kann“.<sup>7</sup> Innenpolitisch bestand, das sah Radowitz klar, zu diesem Zeitpunkt für die preußische Krone noch ein gewisser Spielraum. Am 16. März schlug er Friedrich Wilhelm IV. deshalb vor, „ohne allen etwaigen Verzug [...] die Entlassungen einiger Minister, die die sogenannte öffentliche Meinung mit schreiendem Unmute zum Gegenstand ihrer besonderen Abneigung“ gemacht habe, vorzunehmen. An ihrer Stelle seien „einige, dem constitutionellen System angehörige Minister aus der Zahl solcher Personen [zu ernennen], die [...] dabei entschlossene Männer und Patrioten sind“. Darüber hinaus sei die „Aufhebung der Zensur“ in Aussicht zu stellen sowie eine „positive Königliche Erklärung [abzugeben], daß Ew. Königliche Majestät mit dem in der nächsten Zeit einberufenen Landtage die Einführung einer ausgedehnten Repräsentativ-Verfassung berathen wolle.“<sup>8</sup> Dieses ‚Programm‘ entsprang freilich nicht echten Überzeugungen. Radowitz, ein Anhänger altständisch-monarchischer Ideale, wollte mit diesen Konzessionen den „drohenden Ausbruch verhindern“ und die in die Opposition getriebenen Liberalen wieder an die Monarchie binden. Seine Initiative kam indessen zu spät.

Die Berliner Barrikadenkämpfe vom 18. März machten die Hoffnung zunichte, daß die europäische Revolution vor den Toren der preußischen Hauptstadt und mit ihr vor den Kernprovinzen der Hohenzollernmonarchie haltmachen würde. Man könnte deshalb geneigt sein, die Radowitzsche Mission in Wien und die dem zugrundeliegenden außenpolitischen Konzepte des engen Freundes

Friedrich Wilhelms IV. als Episode, als eine Fußnote der Revolutionsgeschichte abzutun. Tatsächlich jedoch bestätigte sich in den Monaten vor der Berliner Märzrevolution, welche ausgeprägtes Sensorium Radowitz für die Zeitströmungen besaß. Dies befähigte ihn, Politikvorschläge zu entwickeln, die, wenn sie entschlossen umgesetzt worden wären, der Revolution in Preußen möglicherweise das Wasser abgegraben hätten. Vor allem aber wurden bereits in den programmatischen Vorstellungen, wie sie Radowitz seit November 1847 entwickelte, die Konturen seiner späteren ‚Unionspolitik‘ deutlich sichtbar. Man kann seine Aktivitäten im Vorfeld der Märzrevolution deshalb in gewisser Weise als ersten Anlauf zur Unionspolitik, der ein Jahr später von ihm inaugurierten Reichseinigung von oben bezeichnen. Das, was ihm bereits vor dem 18. März in erkennbaren Konturen vorschwebte, nahm er Ende April 1849 mit größerer Energie erneut auf. Viertens schließlich machte Radowitz bereits vor dem Ausbruch der Märzkämpfe deutlich, wie sehr für ihn nationale Frage und Revolutionsprophylaxe verkoppelt waren. Wie sehr er es verstand, eine differenzierte Analyse mit – im nachhinein betrachtet – weitsichtigen Vorschlägen zu einer politischen Kurskorrektur zu verbinden, zeigen auch Privataufzeichnungen, die Radowitz am 11. März 1848, also noch vor der Wiener Märzrevolution abfaßte. Während Friedrich Wilhelm IV. und die meisten seiner Berater französische, polnische sowie jüdische ‚Drahtzieher‘ hinter der vorrevolutionären Unruhe witterten, nahm Radowitz das politisch wie sozial ja höchst heterogene Lager der Reformer, d. h. die „Kräfte, die nicht unmittelbar und unbedingt der revolutionären Partei angehörten“, genauer in den Blick, nämlich „1. Diejenigen, welche aus dem Druck der Beamtenherrschaft heraus wollten. 2. Diejenigen, welche Deutschland zu nationaler Geltung bringen wollten. 3. Diejenigen, welche an die Gebrechen des sozialen Zustandes gemahnt wurden“. Diese Strömungen seien zu Verbündeten der Krone zu machen, und zwar „ad 1. durch Belebung des wirklich ständischen Prinzips der Monarchie“, also eine quasi-parlamentarische Mitsprache vor allem bürgerlicher Schichten und des gleichfalls unzufriedenen niederen Adels, die über die beschränkten Kompetenzen des ständisch geprägten Vereinigten Landtags vom April 1847 noch deutlich hinausgehen müsse, „ad 2. durch nationale Aufrichtung und Belebung des [Deutschen] Bundes; ad 3. durch ein weises und mutiges Ergreifen gesunder sozialer Maßregeln; ad 4. durch die Regulierung und großartige Benutzung der Presse“.<sup>9</sup>

Das preußische Staatsministerium übernahm einige der Vorschläge von Radowitz – allerdings erst, als es zu spät war, und auch dann noch überhastet, halbherzig und deshalb unglaubwürdig. Im Grunde wurde die von Radowitz avisierte reformkonservative Politik zwecks Erweiterung der politischen und sozialen Basis der Hohenzollernmonarchie erst mit der ‚Schließung‘ der preußischen Revolution seit Ende 1848 zielstrebig ins Werk gesetzt: mit der am 5. Dezember 1848 in Anlehnung an das belgische Grundgesetz von 1831 verfaßten und vom König einseitig oktroyierten Verfassung, mit einer neuen preußischen Gewerbeordnung vom 9. Februar 1849, die den wirtschaftlichen und sozialen Interessen des gewerblichen Mittelstandes weit entgegenkam, mit dem Dreiklassenwahlrecht vom 30. Mai 1849 – das den Vorstellungen namhafter Liberaler wie z. B. David Hansemann eher entsprach als das allgemeine und gleiche Wahlrecht des Revolutionsjahres, weil es die Wähler nach dem Steueraufkommen, also dem Kriterium individueller Leistung gruppierte, und die revolutionsanfälligen sozialen Unterschichten von substantieller politischer Partizipation de facto ausschloß – sowie schließlich mit dem Ende April 1849 begonnenen Versuch der Reichseinigung von oben.

Die Forderung Radowitz’ nach „nationaler Aufrichtung und Belebung des [Deutschen] Bundes“ war freilich nicht allein und nicht in erster Linie von dem taktischen Kalkül getragen, den innenpolitischen Druck ‚national‘ abzuleiten. Die deutsche Einigung war Radowitz, und ähnlich Friedrich Wilhelm IV., vielmehr eine echte Herzensangelegenheit. Bereits am 12. Oktober 1847 hatte Radowitz von Friedrich Wilhelm IV. und der preußischen Staatsregierung kühne Schritte gefordert – ein Heraustreten Preußens aus den in mehr als dreißig Jahren eingefahrenen Bahnen, ein Abschiednehmen vom bloßen Verwalten der „deutschen Angelegenheiten“ im lediglich locker gefügten und von breiten Bevölkerungskreisen in erster Linie als Repressionsinstrument wahrgenommenen Deutschen Bund. Die „deutsche Angelegenheit“ sei „eine Lebensfrage für Ew. Kgl. Majestät“. Auf „diesem Felde liegen die [künftigen] großen und friedlichen Eroberungen“ Preußens. Hier müßten Versäumnisse schleunigst aufgeholt werden. „Die Nation, und zwar in allen ihren politischen und kirchlichen Schattierungen, ist durch den bisherigen dreißigjährigen Verlauf [der ‚deutschen Sache‘ seit 1815] in hohem Grade mißgestimmt und ungeduldig.“ Infolgedessen sei es dahin „gekommen, daß die gewaltige Aufrichtung der Nationalitäten, die,

durch ganz Europa ziehend, einer der mächtigsten Hebel der Gegenwart sei, in Deutschland nur eine neue Waffe der Umwälzungspartei gegeben habe, und zwar eine der gefährlichsten von allen. Diese ihr zu entwinden, die Kräfte, welche hierin liegen, in den Dienst der guten Sache zu nehmen, dieses sei die unabweisliche Aufgabe.“

Was Radowitz dann konkret an „materiellen Maßregeln“ forderte, lief auf die Schaffung bzw. den Ausbau zentralstaatlicher Institutionen hinaus – allerdings ohne eine substantielle Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland. Unter anderem verlangte er die Schaffung einer Art gesamtdeutschen, überstaatlichen Verfassungsgerichts, ein „gemeinsames Strafrecht und Strafverfahren“, ein „gemeinsames Handels- und Wechselrecht“ sowie ein „allgemeines Heimatrecht“ für alle Deutschen, ferner die Vereinheitlichung der Maße, Gewichte und Münzen sowie die zentrale Organisation des Post- und Eisenbahnwesens. Der 1834 gegründete deutsche Zollverein schließlich sollte „auf den gesamten Bund“, mithin also auch auf Österreich, ausgedehnt werden. Das preußische Staatsministerium war sich der Kühnheit der Radowitzschen Vorschläge wohlbewußt – und lehnte sie ab. „So sehr auch die Früchte des Unternehmens lockend sein mögen und köstlich, falls sie zur Reife gelangen“, kommentierte der Finanz- und Kabinettsminister Ludwig Gustav von Thile die Denkschrift Radowitz' vom 12. Oktober 1847 in einem Gutachten für das Staatsministerium, „sich auf das deutsche Volk zu stützen, ist mir immer sehr bedenklich erschienen“. Statt, wie Radowitz vorschlug, auf „die enge Verbindung mit Deutschland und dem deutschen Volksgeist“ zu setzen, hielt die preußische Staatsregierung an dem „alten engen Bündnis mit Österreich“ fest.<sup>10</sup> Der Umritt des Königs drei Tage nach der Berliner Märzrevolution, das „Nationalitätshallo“, wie der zeitweilige Außenminister Canitz dieses Ereignis vom 21. März 1848 ironisch bezeichnete, und die berühmte Proklamation vom selben Tage, wonach der Hohenzoller die „Leitung“ der „innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker“ übernehme und Preußen „fortan in Deutschland“ aufgehe, waren nur auf den ersten Blick eine Erfüllung der Radowitzschen Wünsche. Tatsächlich widersprach die in der Proklamation versprochene Verschmelzung der deutschen Staaten seinen Intentionen, weil sie von Preußen eigenmächtig und nicht in Absprache mit den übrigen deutschen Fürsten ins Werk gesetzt war.

Nach Abschluß seiner Wiener Mission und der Rückkehr nach

Berlin am 26. März 1848 verschwand Radowitz vorübergehend aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit. Hinter den Kulissen wirkte er freilich weiter für die Interessen der Hohenzollernmonarchie. So suchte er zum Beispiel eine seiner Forderungen aus der Zeit vor der Berliner Märzrevolution praktisch umzusetzen: „durch die Regulierung und großartige Benutzung der Presse“, also eine moderne Medienpolitik, den Positionen der preußischen Krone zu breiter öffentlicher Resonanz zu verhelfen. Die Gelegenheit bot sich mit der Anfang Juni 1848 gegründeten *Neuen Preussischen Zeitung*, besser bekannt als *Kreuz-Zeitung*. Für dieses hochkonservative Blatt schrieb Radowitz bis zum Zerwürfnis mit den Brüdern Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach, den Häuptern der Kamarilla am preußischen Hofe und Gründern der Zeitung, mehrere Artikel.<sup>11</sup>

Für ihn selbst „in höchstem Grade überraschend“ wurde Radowitz Anfang Mai von den Wahlmännern des westfälischen Kreises Arnsberg-Rüthen in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Er nahm die Wahl an, obwohl ihm, der eigentlich Formen vorbürgerlicher Ständevertretung einführen wollte, die modernen parlamentarischen Gepflogenheiten, die die Abgeordneten der Paulskirche überraschend schnell ausbildeten, „dieses verworrene, ordinäre, platte Getriebe“ (so Radowitz abwertend), eigentlich zuwider war. Sich selbst verstand Radowitz als Vertreter der „Interessen des Königs“ von Preußen. In der Paulskirche nahm er auf dem äußersten rechten Flügel, der Fraktion ‚Café Milani‘, Platz, wurde ihr Wortführer und zu einem der heftigsten Kritiker der Verfassungsarbeit der Nationalversammlung, ohne allerdings deshalb zum starr borussischen Konservativen zu werden. Moderaten konstitutionellen Konzepten gegenüber zeigte er sich aufgeschlossen, nicht zuletzt aus bündnispolitischen Erwägungen. Dennoch war, so teilte er seiner Frau keine drei Wochen nach dem Beginn der Sitzungen der Deutschen Nationalversammlung mit, „mein Name ein wahrhaft verpönter für die immense Mehrheit“ anfangs auch der liberalen Abgeordneten.<sup>12</sup>

Eine „Rückkehr zu der ständischen Verfassung von 1847“, wie sie Friedrich Wilhelm IV. vorschwebte, sei eine „Unmöglichkeit“, ihr stünde „die moralische Macht der Meinung und die Gewalt der Realitäten“ entgegen, so resümierte Radowitz seine Erfahrungen als Paulskirchen-Abgeordneter Jahre später in einem letzten Brief an den König.<sup>13</sup> Diese Wende zum konservativ-konstitutionellen Realpolitiker befähigte ihn, im Bündnis mit großen Teilen der liberalen

Bewegung Deutschlands seit Frühjahr 1849 den deutschen Einigungshoffnungen unter monarchischen Prämissen neues Leben einzuhauchen – nachdem Friedrich Wilhelm IV. am 28. April 1849 die ihm angebotene Kaiserkrone abgelehnt und damit die von der Paulskirche avisierte staatliche Einigung Deutschlands zum Scheitern gebracht hatte.

Die Stationen der von Radowitz konzipierten und zunächst erfolgreich begonnenen, schließlich jedoch am Widerstand der europäischen Großmächte gescheiterten Unionspolitik sind rasch aufgezählt. Am 17. Mai 1849 fanden sich Bevollmächtigte Preußens, Bayerns, Sachsens, Hannovers und Württembergs in Berlin zusammen. Radowitz, der zu diesem Zeitpunkt kein offizielles staatliches Amt bekleidete und den Posten des Außenministers abgelehnt hatte, um sich seine Unabhängigkeit gegenüber dem Kabinetten Brandenburg-Manteuffel zu bewahren, leitete die Konferenz. Seinen Bemühungen war es zu verdanken, daß am 26. Mai 1849 das sogenannte Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Hannover und Sachsen – ohne Bayern und Württemberg – zustande kam. Zwei Tage später hatten sich die drei verbündeten Mächte auf eine Verfassung geeinigt, die der von der Paulskirche erarbeiteten Reichsverfassung in weiten Passagen zwar im Wortlaut entsprach, neben der Einführung eines indirekten Dreiklassenwahlrechts jedoch vor allem dem monarchischen Prinzip ein weit größeres Gewicht zuerkannte (absolutes und nicht bloß suspensives Veto des Reichsoberhauptes sowie Schaffung eines Fürstenkollegiums). Bis Ende 1849 traten insgesamt 26 deutsche Staaten der Union bei, nicht allerdings Österreich, Bayern und Württemberg. Am 20. März 1850 kam das neue Parlament in Erfurt zum ersten Mal zusammen. In beiden Kammern besaßen die ‚Gothaer‘, d. h. ehemalige Abgeordnete der rechtsliberalen Zentren der Paulskirche, die sich Ende Juni 1849 in Gotha zusammengefunden hatten und den Unionsplan grundsätzlich unterstützten, die Mehrheit. Das Scheitern der Union konnten auch sie allerdings nicht aufhalten. Hannover und Sachsen hatten sich bereits im Oktober 1849 aus dem Dreikönigsbündnis gelöst, sich Ende Februar 1850 mit Bayern und Württemberg zu einem Vierkönigsbündnis zusammengeschlossen, das den vollständigen Anschluß Österreichs an die Union forderte, einschließlich der nichtdeutschen Teile der Habsburgermonarchie.

Der Zusammenbruch der Radowitzschen Unionspolitik und die Restauration des Deutschen Bundes in seiner überkommenen Form

waren damit vorprogrammiert. Am 2. September 1850 wurde der Deutsche Bund in Frankfurt a. M. formell wiedereröffnet. Radowitz übernahm daraufhin zwar wenig später, am 26. September, auch offiziell das Amt des preußischen Außenministers, um zu retten, was noch zu retten war, trat jedoch vor dem Hintergrund der kurhessischen Wirren bereits am 2. November 1850 wieder zurück. In der Olmützer Punktation vom 29. November 1850 verpflichtete sich Preußen, das in den Wochen zuvor kurzzeitig am Rande eines Krieges mit Österreich und Rußland stand, seine Truppen aus Kurhessen zurückzuziehen, und verzichtete endgültig auf seine Unionspläne.

Unter Zeitgenossen wie späteren Historikern waren und sind Konzept wie Erfolgsaussichten des Unionsplans, und damit auch die Person Radowitz', höchst unterschiedlich beurteilt worden. Ausgerechnet Bismarck, der im Erfurter Parlament zur Fraktion der preußischen Ultraloyalisten gehört hatte, profilierte sich 1849/50 als einer der schärfsten Gegner Radowitz'. Er nannte Radowitz anfangs den „großen Betrüger“, „einen Mann, der sich in nichts über das Niveau der Gewöhnlichkeit erhebt“ und nach der „sogenannten öffentlichen Meinung [hasche], die doch nichts ist, als die Oberflächlichkeit derjenigen constitutionellen Schreier, die sich am unverschämtesten geltend zu machen wissen“. Im Dezember 1850 attestierte Bismarck Radowitz zwar, er habe „das Beste für Preußen gewollt“; die Unionspolitik sei jedoch „ein zwitterhaftes Produkt furchtsamer Herrschaft und zahmer Revolution“ gewesen.<sup>14</sup> Erst sehr viel später, 1862, gab Bismarck zu, „daß, wenn er im Jahre 1849 die jetzt, seit 13 Jahren gewonnene politische Erfahrung gehabt hätte, er Radowitz unterstützt haben würde“.<sup>15</sup>

Das Dilemma und der entscheidende Grund, warum die Unionspolitik schließlich scheiterte, war die Stellung des ins Auge gefaßten Bundesstaates zu Österreich, zur multinationalen k. u. k.-Monarchie. Radowitz versuchte die „Quadratur des Kreises“, wie Dirk Basius es genannt hat, indem er die Idee Gagerns vom Doppelbund aufgriff und das Konzept eines engeren und weiteren Bundes entwarf. Nur in den locker gefügten weiteren Bund sollte die Habsburgermonarchie einbezogen werden. Bereits im September 1848 hatte Radowitz erkannt, daß die deutsche Einigung für Preußen überlebenswichtig war und gleichzeitig mit den österreichischen Interessen kollidierte. „Österreich und Preußen verhalten sich zu Deutschland gerade umgekehrt. Österreich kann sich nicht mit Deutschland vereinigen und Preußen muß es.“ Den „dritten Weg“ der „Lösung der deutschen

Frage“, nämlich die Bildung „eines Bundesstaates durch freiwilligen Anschluß“ – statt sowohl der „Wiederherstellung des Deutschen Bundes von 1815“ als auch der „diktatorischen Anordnung in einen Einheitsstaat“ –, verfolgte er über eineinhalb Jahre mit Beharrlichkeit. Gleichwohl war er sich von Anfang an bewußt, daß sein Weg einer Gratwanderung glich, „daß mein Name, ja meine ganze Existenz“ jederzeit „in einen Strudel hineingerissen“ werden könne, „an dessen Boden nach überwiegender Wahrscheinlichkeit für mich nur Verderben liegt“.<sup>16</sup>

Spätestens seit Mitte 1850 war Radowitz physisch und psychisch erschöpft. Bereits Mitte Juni 1849, kurz nach seiner Abberufung aus Frankfurt (am 22. April) und dem Beginn der Unionspolitik, erklärte er: „Ich sehne mich nach dem Momente, der mir gestattet, diesem wüsten Treiben den Rücken zu kehren“. Der Tod seiner jüngsten Tochter im Frühjahr 1850 war ein schwerer Schlag. Nach dem schließlichen Scheitern der Unionspolitik hatte er „keine andere Sehnsucht als den Rückzug in tiefe Vergessenheit“.<sup>17</sup> Auf die preußische Politik nahm er keinen Einfluß mehr. Im Oktober 1852 wurde er zwar zum Generalinspekteur des Militärbildungswesens ernannt; aber das war mehr ein Ehrenamt. Aus dem gesellschaftlichen Leben Berlins zog er sich zurück. Am 25. Dezember 1853 starb Radowitz, vereinsamt und von Enttäuschung und Krankheit gezeichnet.

Die Tragik Radowitz' liegt darin, daß er zu früh kam, zu einem Zeitpunkt, als die sozialökonomischen und militärischen Stärken Preußens noch nicht so ausgeprägt und die außenpolitischen Konstellationen nicht so günstig waren wie 1866. Ein Krieg wäre 1850 höchst riskant und weit weniger aussichtsreich gewesen, als dies 16 Jahre später der Fall war. Zwar war die Freundschaft zwischen Radowitz und Friedrich Wilhelm IV. tiefer, emotional viel stärker verankert als die Beziehung zwischen Bismarck und Wilhelm I. Aber der ‚Romantiker auf dem Hohenzollernthron‘ war im Unterschied zu seinem jüngeren Bruder labil und politisch ‚ein unsicherer Kantontist‘, der wie das Schilf im Winde zwischen mehreren politischen Kraftfeldern und zum Teil dubiosen, unverantwortlichen Beratern hin- und herschwankte.<sup>18</sup> Im Unterschied zu Bismarck verfügte Radowitz, von seinem kurzen Intermezzo als Außenminister abgesehen, über kein formelles Staatsamt, das ihm eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber seinen Kritikern verschafft hätte. Er war unmittelbar auf die Unterstützung des Königs angewiesen, der seinerseits einem wachsenden Druck namentlich der Gerlachs ausgesetzt war, die sich

1849/50 zu politischen Intimfeinden Radowitz' entwickelt hatten. Ihnen „schmeckte“ die Unionspolitik „noch immer nach der revolutionären Paulskirche“. Radowitz müsse „politisch zu den Toten geworfen werden“, so ließ Ernst Ludwig von Gerlach seinem Bruder gegenüber verlauten.<sup>19</sup>

Radowitz, zugleich (nur auf den ersten Blick ein Paradox) „treuer Katholik und Vorkämpfer des preußisch-deutschen Bundesstaates“ (Meinecke), war zwar zeit seines Lebens ein entschiedener Gegner der Revolution. Er war jedoch in hohem Maße lernfähig. Hätte er länger gelebt, wäre er gewiß kein überzeugter Liberaler oder gar Demokrat geworden, aber – die politischen Wandlungen 1847 bis 1850 deuten darauf hin – vielleicht ein „Tory democrat“, wie David E. Barclay vermutet hat, ein Konservativer „mit starken monarchisch-konstitutionellen und christlich-sozialen Neigungen.“<sup>20</sup>